Central-Volksblatt

für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen" und „Der Gemeinnützige".

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und kostet monatlich durch Boten oder die Post bezogen 2,6 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,2 M.

Anzeigen kosten [illegible] die 5 [illegible] breite Zeile oder deren Raum kosten 20 [illegible] Reklamen in Tagespalte die Zeile 50 [illegible]

Fernsprecher: Arnsberg Nr. 44, Werl Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnsberg, Brilon, Lippstadt, Meschede, Olpe, Altena, Iserlohn und Hamm.

Postscheck-Konto: Cöln Nr. 33 446.

Nr. 266. Arnsberg und Werl, Freitag den 15. November 1918. 63. Jahrgang

Telegr.-Adr.: Pöpperling.

Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zur Volksregierung.

Gegen die Einseitigkeit

in der Bildung der neuen Regierung in Deutschland und in Preußen wenden sich die bürgerlichen Parteien in besonderen Kundgebungen, die wir nachstehend zum Abdruck bringen:

Aufrufe des Zentrums.

An die Wähler in Stadt und Land!

Heute um 2 Uhr sollte der deutsche Reichstag zusammentreten. Die Sitzung ist aufgehoben.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte sich am 7. November versammelt. Die meisten ihrer Mitglieder sind durch die Ereignisse von Berlin ferngehalten und heimgerufen worden. Die in Berlin anwesenden Abgeordneten wenden sich an das Volk und erklären:

Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundsätze. Wir machen Gebrauch von dem Rechte der Freiheit des Wortes und des Versammlungsrechts. Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlurne rufen.

Heute aber gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Ueberzeugung gesichert sein.

Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: Beratet die Lage! Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf und belehrt die Frauen! Schließt euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus! Helft Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben!

Wartet die Weisungen der Parteileitung ab.

Berlin, den 13. November 1918.

Die Mitglieder der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages:
Dr. Faßbender, Giesberts, Koßmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Frhr. v. Rechenberg, Schiffer.

An die Parteifreunde in Preußen!

Im Anschluß an den Aufruf unserer Parteifreunde aus dem Reichstage wenden wir uns an euch:

Die gegenwärtige Zeit verlangt wie von jedem Staatsbürger so auch von uns in Preußen, daß wir alles tun, um Ruhe und Ordnung im Staats- und Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten, damit Hungersnot und Blutvergießen ferngehalten werden.

Wir müssen deshalb, ohne unsere Weltanschauung und unsere Grundsätze preisgeben, unsere Kräfte an allen Stellen, wo es uns möglich ist, auch jetzt in den Dienst des Vaterlandes stellen.

Zugleich müssen wir unsere Organisation stärken und aufbauen, damit wir bei den in Aussicht stehenden Wahlen, an denen auch Frauen teilnehmen sollen, und bei der Neuregelung der Verhältnisse voll zur Geltung kommen.

Unser Wahlspruch lautet: Wahrheit, Freiheit, Recht!

Berlin, den 13. November 1918.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses:
Giesberts, v. d. Hagen, Dr. Hager (Gladbach), Itschert, Dr. König, Wildermann, Dr. Wuermeling (Warburg).

Ein nationalliberaler Aufruf.

* **Berlin**, 13. Nov. Die in der Reichshauptstadt anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstages erlassen folgenden Aufruf:

Auch das deutsche Bürgertum wünscht eine grundlegende Ordnung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein fester Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer und dauerhafter Grundlagen eines wirklichen demokratischen Staates mitzuarbeiten. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung der staatlichen Ordnung. An Stelle des Deutschen Reichstages kann daher nur eine gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgehende konstituierende Versammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen. Ihm sich zu beugen ist dann vaterländische Pflicht. Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, wobei alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgerlichen Wahlpflichten zu erfüllen. Bis dahin muß für alle, die sich zu unserer Partei bekennen, es ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihren Posten zu verharren und alles daran zu setzen, weitere schwere Schädigungen von unserem Vaterlande fernzuhalten. Insbesondere verlangen es die gegenwärtigen Verhältnisse, daß alle zu unserer Partei gehörenden Beamten und Landwirte der provisorischen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beistehen, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrecht zu erhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die provisorische Regierung aber wird ihre Aufgaben nur in einem engen Zusammenhang mit dem Deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung des deutschen Volkes frei gewählte Vertreter bleiben. Nur eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in völkerrechtlicher und unantastbarer Weise verbürgen und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Glied des erstrebten Völkerbundes schaffen.

Die Konservativen zur Lage.

* **Berlin**, 13. Nov. Der konservative Führer v. Heydebrand veröffentlicht in der „Kreuzzeitung" im Namen der Parteileitung folgenden Aufruf an seine Parteifreunde:

„Alle Parteifreunde im Lande bitte ich, trotz der Bitterkeit und Sorge, die jetzt ihr Herz erfüllt, der furchtbaren Notlage des Vaterlandes eingedenk, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen. Insbesondere bitte ich alle Parteifreunde, daß sie in diesen schweren Tagen und Wochen selbst mit den größten eigenen Opfern die Ernährung des Volkes, von der jetzt alles abhängt, durch Abgabe und Bereitstellung dessen, was der einzelne nur irgend zu leisten vermag, sichern helfen."

Kundgebung der Fortschrittlicher Volkspartei.

* **Berlin**, 13. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erhebt flammenden Protest gegen die Waffenstillstandsbedingungen, die ein ganzes Land mit Hungersnot bedrohen, die allen Voraussetzungen eines Rechtsfriedens Hohn sprechen und einem Völkerbund von vornherein die äußersten Schwierigkeiten entgegenstellen. In dem Aufruf heißt es dann weiter: „Die innere Neugestaltung soll sich in wahrhaft demokratischen Formen vollziehen. Eine Volksregierung darf sich nur auf die Volksabstimmung stützen. Deshalb ist sofort nach Schluß des jetzigen Reichstages in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen, die über die staatlichen Grundlagen entscheidet. Zum Schutze der Minderheiten bedarf es dabei überall der Verhältniswahl. Jede immer wie geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich."

Die neue Volksregierung

besteht nunmehr nur aus Sozialdemokraten. Nachdem die früheren Mehrheitssozialisten sich mit den Unabhängigen geeinigt hatten, war für die bisherigen Vertreter der bürgerlichen Parteien ein Verbleiben unmöglich gemacht, umsomehr, als die Unabhängigen es ablehnten, mit den Bürgerlichen zusammenzuarbeiten. Nur in den Fachabteilungen sitzen noch Nichtsozialdemokraten. Die Mehrheitssozialisten der neuen Reichsregierung sind Ebert, Scheidemann und Landsberg, die Unabhängigen Haase, Dittmann und Barth.

Die preußische Regierung ist ebenso bürgerrein. In derselben bekleidet sogar der unter dem Namen „Zehngebote-Hoffmann" bekannte Abgeordnete Adolf Hoffmann das Amt des — Kultusministers. Wenn diesem Mann früher jemand gesagt haben würde, er würde noch einmal preußischer Kultusminister, den würde er selbst laut ausgelacht haben!

Daß diese Regierungen nicht daran denken würden, einer Volksvertretung, in der die bürgerlichen Elemente so stark vertreten sind, wie im Deutschen Reichstage und im preußischen Landtage, irgendwelche Rechte der Mitbestimmung in politicis einzuräumen, war vorauszusehen. Und so haben beide Parlamente denn auch sang- und klanglos das Feld räumen müssen.

Im Reichstage hatte sich dieser Tage in einem Nebenraum eine kleine Zahl von Zentrumsabgeordneten zusammengefunden, um Abschied zu nehmen. Während der kurzen Besprechung ging draußen eine Schießerei los, durch die sowohl das Reichstagsgebäude als auch das Heim des Präsidenten arg gelitten haben. Tränenden Auges nahm Präsident Fehrenbach von der Präsidialwohnung Abschied, nachdem schon vorher die Abgeordneten in einer Pause den Reichstag verlassen hatten.

Im Abgeordnetenhause wurde mit der Abschiedsfeier, zu der sich sämtliche Parteien einfanden, eine Trauerfeier für den verstorbenen greisen Präsidenten Grafen Schwerin-Löwitz verbunden. Diese Doppelfeier war umso wehmutsvoller durch das Bekanntwerden der näheren Umstände seines Ablebens. Als es mit ihm zu Ende ging, äußerte er zu seinen weinenden Verwandten: „Ich sterbe gern. Ich habe den Aufstieg meines Vaterlandes gesehen, habe bei Königgrätz mitgekämpft und den siegreichen Feldzug gegen Frankreich mitgemacht, von dem die Größe unseres Vaterlandes ausging. Den Niedergang Deutschlands will ich nicht erleben. Darum sterbe ich gern!"

Erlasse der Volksregierung.

WTB **Berlin**, 13. Nov. Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Auftrage des Vollzugsrates des ASR die Leitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preußischen Behörden und Beamten auf, ihre beamtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt erhalten werden sollen.

Berlin, 13. 11. 1918.

Die preußische Regierung.
Hirsch, Strjöbel, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Neue Regierungsmitglieder.

WTB **Berlin**, 13. Nov. Laut „Tageblatt" hat die sozialistische Regierung dem fortschrittlichen Abg Justizrat Dr. Waldstein die Leitung des Reichsjustizamtes und dem früheren Staatssekretär Dr. Dernburg die Leitung des Reichsschatzamtes angeboten. Beide haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Wenig Gnade

findet die gegenwärtige, sich auf das Kompromiß zwischen der alten Sozialdemokratie und den Unabhängigen stützende Regierung bei der sogenannten Spartakusgruppe. Ihr Organ veröffentlicht eine Reihe von Forderungen in denen es u. a. heißt:

„Sofortige Rückberufung der russischen (bolschewistischen!) Botschaft nach Berlin. Es darf kein „Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen. Es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben. Nieder mit dem Kapitalismus und seinen Agenten!"

Warum die Spartakus-Leute sich so sehr nach der russischen Botschaft sehnen, geht aus der Antwort derselben auf die freundliche Einladung des Abg. Adolf Hoffmann, doch zurückzukehren, hervor. Da heißt es u. a.:

„Wie wir aus den Telegrammen der Station Nauen ersehen, soll Ebert zum Reichskanzler ernannt werden, der vier Jahre lang Wilhelm 2. und den Kapitalismus unterstützte. Arbeiter, Soldaten und Matrosen Deutschlands! So lange Ihr eine Regierung habt, welche aus Prinzen und Kapitalisten und Scheidemännern besteht, habt Ihr die Macht nicht in Händen. Scheidemänner werden Euch zusammen mit Erzberger an den Kapitalismus verkaufen."

Im weiteren Verlauf werden die Arbeiter, Soldaten und Matrosen aufgefordert, die Waffen nicht niederzulegen, sondern sich die wirkliche Macht zu erringen, und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu errichten. Sie werden gewarnt, sich eine Nationalversammlung aufschwätzen zu lassen unter Hinweis darauf, wohin der Reichstag sie gebracht habe.

Wohin die Reise geht.

WTB **Hamburg**, 13. Nov. Mehrere tausend Lehrer und Lehrerinnen fanden sich im Curiohause zu einer Kundgebung ein, um zur Reform der Lehrerschaft und des Schulwesens Stellung zu nehmen. Gefordert werden:

1. Schöpfung eines Reichsschulgesetzes, 2. Einführung der Einheitsschule, 3. Selbstverwaltung der Schule unter Beteiligung der Eltern. 4. Glaubens- und Gewissensfreiheit für Lehrer und Kind. 5. Einsetzung eines Lehrerrats.

Punkt 1, 2 und 5 wurden einstimmig, Punkt 3 und 4 fast einstimmig angenommen.

✢ **Berlin**, 14. Nov. Die neue preußische Regierung veröffentlicht einen Aufruf über ihre Ziele. Darin heißt es:

„Von zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben: Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründliche Reformen der Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen. Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschulen, Schaffung der Einheitsschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche. Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Beseitigung der Gutsbezirke, völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Reichs- und Provinzialverwaltungskörper, rascherer Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit."

Weitere Besprechungen.

WTB **Berlin**, 13. Nov. Die Vertreter der Entente sind in Spaa eingetroffen, um dort mit unseren Delegierten, die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen. Staatssekretär a. D. Hintze ist, wie wir gegenüber irrtümlichen Mitteilungen feststellen, nicht daran beteiligt.

Verschiedene Ansichten.

WTB **Amsterdam**, 13. Nov. (Reuter.) „Evening Standart" schreibt: Wir haben kein Gefühl der Rachsucht gegen das deutsche Volk. Wir hoffen, daß es ihm gelingen wird, das Andenken an die Schlechtigkeiten des gestürzten Deutschlands zu verwischen. Aber das neue Deutschland muß für die Verbrechen des alten in denkbar weitestem Sinne Genugtuung leisten. — „Star" versteigt sich zu dem Ausspruch: Die Welt ist erstaunt über die Milde, die Großmut und die Ritterlichkeit der Waffenstillstandsbedingungen. In diesen Garantien findet sich keine Spur von Rachsucht. (Die Ansichten sind eben verschieden!)

Herrenhaus abgeschafft — Krongüter konfisziert.

* **Berlin**, 13. Nov. Wie verlautet, beabsichtigt die neue preußische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für aufgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Güter der Krone sollen Nationaleigentum werden. (Köln. Vztg.)

Der Fürst von Waldeck verzichtet.

WTB **Kassel**, 13. Nov. Nach einem Privattelegramm des „Kasseler Tageblattes" aus Arolsen hat Fürst Friedrich von Waldeck und Pyrmont auf die Regierung freiwillig verzichtet.

Die Umwälzung in Hessen.

WTB **Darmstadt**, 13. Nov. Das neue hessische Ministerium ist heute vormittag gebildet worden. Ministerpräsident wurde der sozialdemokratische Abg. Ullrich, der zugleich die Leitung des Ministeriums des Innern übernahm. Die Leitung der Finanzen übernahm der deutschfortschrittliche Abg. Beigeordneter Henrich-Darmstadt, Justiz: Justizrat von Brentano-Offenbach, Kultus: der deutsch-fortschrittliche Abgeordnete Professor Ehrstadt-Gießen.